

kein Scheinfrieden wird, sind zwei Ziele vorrangig:

- ▷ Die landwirtschaftliche Nutzfläche muß – trotz ökologischer Bedenken – auf Kosten der Wälder und Naturparks (22,6 Prozent von Ruandas Fläche) soweit wie möglich vergrößert werden;
- ▷ ein wirkungsvolles nationales Geburtenkontrollprogramm muß trotz ethischer Bedenken verwirklicht werden.

So sollte die Arbeit des im Volksmund „Kondombehörde“ genannten Onapo (Office national de la population) erweitert und um eine Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung ergänzt werden, damit die Bauernfamilien zum Schutz gegen Notfälle des Lebens nicht auf möglichst viele Kinder angewiesen sind.

Wäre ein Teil der Entwicklungsgelder in den Jahrzehnten nach 1962 für

diese Maßnahmen benutzt worden, hätte Ruanda 1994 eine Million Einwohner weniger haben können – vor dem Ausbruch der Massaker, in denen jetzt wohl eine halbe Million Menschen hingemetzelt worden sind.

Denn bietet ein Land seinen Bewohnern nicht genügend Erwerbsmöglichkeiten, dann bleibt als letztes Zufluchtsmittel die Gewalt, die für jedermann Sieg oder Tod bereithält.

„Im Einzelfall wahrscheinlich tödlich“

Groteskes Gezerre deutscher Ministerien um Hilfe für ein paar Flüchtlinge aus Ruanda

Die Pfadfinder Sankt Georg in Neuss haben erkannt, wo es in Bonn langgeht. CDU-Innenminister Manfred Kanther weigert sich, einige Flüchtlinge aus Ruanda einzulassen, um „im Superwahljahr 1994 ein deutliches Signal an die Wähler am rechten Rand zu setzen“.

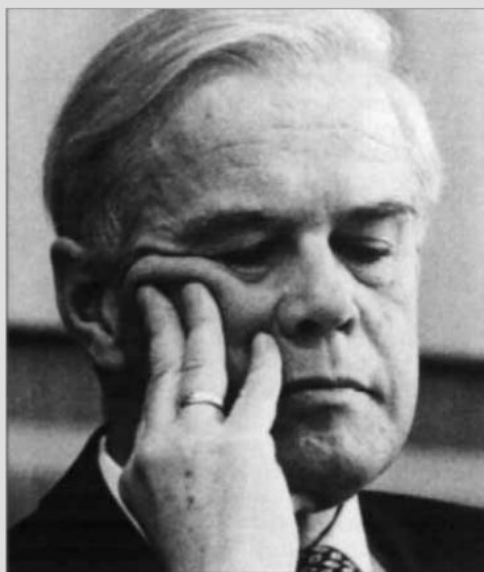
Solche Hartherzigkeit sei „zynisch“, schrieb die katholische Jugendorganisation am Himmelfahrtstag an den Christen Kanther. Ständige „bürokratische Verzögerungen“ in Bonn seien für die ausgesperrten Kriegsflüchtlinge „extrem bedrohlich, im Einzelfall wahrscheinlich tödlich“.

Kanther steht nicht allein. Mit ihm sorgt der liberale Außenminister Klaus Kinkel für unbarmherziges Gezerre um Einreisevisa für Ruander, die in Deutschland Zuflucht suchen.

Kanther und Kinkel tun so, als drängten Tausende Ruander aus überquellenden Flüchtlingscamps in den Nachbarstaaten Burundi und Tansania nach Deutschland. Tatsächlich geht es um weniger als 150 Menschen in Not. Und die begehren nicht Asyl auf Dauer, sondern nur vorübergehendes Unterkommen bei deutschen Freunden.

Zunächst beantragte Rheinland-Pfalz im April Einlaß für ein Kontingent von 100 Ruandern. Dann erbaten die Sankt-Georgs-Pfadfinder in Neuss Visa für 47 Freunde ihrer ruandischen Partnerorganisation; 22 davon hatten sich bereits bei der Bonner Botschaft in Burundi gemeldet.

Der Südweststaat des SPD-Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping ist seit vielen Jahren Partnerland Ruandas und betreibt in der Hauptstadt Kigali ein eigenes Koordinationsbüro für vielfältige Hilfsaktionen von Kreisen, Kommunen und privaten Organisationen. Die Mainzer sagten zu, die Kosten



Innenminister Kanther
Ärger mit den Pfadfindern

für den Aufenthalt der Ruander in Deutschland zu tragen.

Der Antrag auf „Aufenthaltsbefugnis“ für die Gruppe scheiterte am 6. Mai in der Konferenz der Innenminister auf der Ostsee-Insel Usedom.

Kanther gab sich allerdings konziliant und wies dem rheinland-pfälzischen SPD-Kollegen Walter Zuber einen vermeintlich eleganten Ausweg: Wenn die Mainzer Hundertschaft nicht als geschlossene Gruppe antrete, könnten die Flüchtlinge gemäß dem Paragraphen 30 des Ausländergesetzes „aus dringenden humanitären Gründen“ einzeln aufgenommen werden. Weder das Bundesinnenministerium noch die Länder müßten dann zustimmen.

Der schöne Rat erwies sich jedoch als trickreich. Als erste bekamen das die Pfadfinder zu spüren.

Sie hatten schon eine Woche vor der Ministerkonferenz Kanthers Umweg

eingeschlagen. Ihre nach Burundi geflüchteten Freunde stellten bei der deutschen Botschaft in Bujumbura einzeln Visa-Anträge.

Bereits vier Tage danach erteilte die Ausländerbehörde in Neuss die „Aufenthaltsbefugnis“ für drei Monate. Die Pfadfinder hatten sich zuvor verpflichtet, alle Kosten, einschließlich der Heimreise, für die Ruander zu bezahlen.

Damit, freuten sich die Pfadfinder, schienen endlich alle rechtlichen und bürokratischen Hindernisse abgeräumt.

Doch nun legte sich die Kinkel-Behörde quer. Das Außenministerium untersagte der Botschaft in Bujumbura, die Visa zu erteilen.

Die Diplomaten beriefen sich dabei aufgerechnet auf das Ministerium, das laut

Kanther nicht mehr mitzureden hatte. Gemäß der Stellungnahmen des Bundesinnenministers sei ein Aufenthalt in Deutschland nicht nötig; in Ruandas Nachbarstaaten fänden die Flüchtlinge genügend Hilfe.

Zwar machten sich Kinkels Diplomaten in der vergangenen Woche noch einmal daran, die Visa-Frage zu prüfen. Folgen sie aber weiterhin den Rechtsauslegern im Kanther-Ressort, sieht es düster aus für die Flüchtlinge.

Das Innenministerium will nur „in Fällen singulärer Sonderschicksale“ helfen. Aufnahme in Deutschland komme nicht in Frage, so ein interner Vermerk in kaltem Juristen-Deutsch, solange „der Einzelne nicht mehr und nicht weniger erleidet als andere ruandische Flüchtlinge auch“.

Im Klartext: Bei Völkermord und Massenverfolgung sollen alle dran glauben.